

Eberhard Berg, Lupinenweg 10, 71665 Vaihingen-Kleinglattbach

Beitrag zur Aussprache

in der Gemeinderatssitzung am **Mittwoch, 18. Dezember 2019**

Haushalt 2020 – Stellungnahme der Gemeinderatsfraktionen

Meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister,

wie schon in den früheren Jahren werde ich keine Zahlen aus dem uns nun vorliegenden Haushalt für 2020 zitieren. All diese Zahlen haben schon der Oberbürgermeister und die Stadtkämmerin im Rahmen der Haushaltseinbringung und bei den sogenannten Vorberatungen ausführlich erwähnt. Dieser Haushalt listet alles auf, was so im Laufe der Zeit beschlossen, oder zumindest angedacht wurde, was denn so im nächsten Jahr, und eventuell auch in den Folgejahren umgesetzt werden soll. Er ist also ein Dokument der abgeschlossenen Entscheidungsprozesse. Und zeigt auf, was 2020 in und für unsere Stadt geschehen soll, aber auch was nicht geschieht.

Eine große Bedeutung hat dabei das Bemühen um den Einstieg in den bezahlbaren Wohnungsbau. Es geht dabei um unsere jüngeren Mitbürger, die sich auf eigene Füße stellen sollen, die eigene Familien gründen wollen und die dafür derzeit einfach keine Wohnung finden, die sie sich auch leisten können. Für die mittlere Generation, die sich den Wunsch nach Wohneigentum nicht mehr, oder nur unter schwersten Bedingungen, erfüllen können, da die Baukosten in eine Höhe gestiegen sind, die einen Hausbau oder auch nur den Erwerb einer Eigentumswohnung für Familien mit nur einem Lohnempfänger undenkbar erscheinen lässt.

Dieser bezahlbare Wohnraum ist auch wichtig für ältere Mitbürger, bei denen oftmals die Rente nach 40 Arbeitsjahren nicht ausreicht um die hohe Wohnungsmiete mit einem bescheidenen, aber angemessenen, Lebensstandard zu vereinen.

Im Bereich Leimengrube könnten wir den Einstieg in ein solches Vorhaben schaffen. Da muss aber bei unseren zuständigen Fachämtern mehr Qualität und Phantasie aktiviert werden. Bezahlbarer Wohnungsbau muss nicht aussehen wie der soziale Wohnungsbau der 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts. Dazu bei einem späteren Tagesordnungspunkt mehr.

Und wir können auch nicht länger warten auf entsprechend große Baugebiete, um dadurch eventuell an Flächen zu kommen, die für einen etwas preiswerteren Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können. Wenn wir als Vertreter unserer Stadtbürgerschaft und unsere Stadtverwaltung es wirklich ernst meinen, dann müssen wir umdenken und an die Aktivierung von Flächen denken, auf denen sich mittelfristig städtebaulich hochwertiger und dennoch günstiger Wohnungsbau realisieren lässt. Wir dürfen nicht krampfhaft festhalten an einer größeren Siedlungsfläche bei der wir nicht weiterkommen. Einmal gefasste Beschlüsse müssen widerrufen werden, wenn sie sich als Sackgasse erweisen. Im Interesse unserer wohnungssuchenden Mitbürger könnten wir ruhig etwas mehr Mut haben und einen neuen Weg beschreiten.

Zum Beispiel auch den Weg hin zur Teilnahme an der Internationalen Bauausstellung IBA. Hier lacht man ja schon über uns in der ganzen Region. Andere Kommunen würden gerne ein IBA-Projekt umsetzen und kommen nicht zum Zug. Und wir bekommen die Teilnahme auf dem Silbertablett präsentiert und zaudern. Und einige maßgebliche Mitglieder dieses Gemeinderats stehen der Möglichkeit zur Teilnahme sogar ablehnend gegenüber.

Bürgerbeteiligung ist ein Zeichen der heutigen Zeit. Wir müssen wirklich Wege und Methoden finden, die es interessierten Bürgern ermöglichen ihre Meinungen und Vorstellungen in einen Entscheidungsprozess frühzeitig einzubringen. Es ist wichtig und es lohnt sich, wenn wir uns mit dem Wunsch aus der Bürgerschaft auf mehr Teilnahme an den Diskussionsprozessen befassen. Was aber nicht bedeuten kann, dass eine jeweils kleine Gruppe mit ihren individuellen Interessen den Anspruch erheben kann, allein für die Bürger zu sprechen.

Und die letztendliche Entscheidung liegt auch in der Zukunft bei den durch gleiche, freie und geheime Wahl beauftragten Vertretern der Bürgerschaft unserer Stadt. Beim Gemeinderat. Der dann auch die Verantwortung trägt für das was er für die Stadt plant und entscheidet.

Dieser Gemeinderat muss aber zum Beispiel die kommunale Planungshoheit auch ausüben. Und die Verantwortung nicht leichtfertig abgeben an die Verwaltung oder sogar an Interessenvertreter und Investoren. Denn deren Interessen sind oftmals anders gelagert als unsere Interessen als Kommune, zum Beispiel an einem harmonischen und lebenswerten Stadtbild.

IBA und Gartenschau verbinden wir Sozialdemokraten mit einer zukunftsorientierten Stadtplanung. Jetzt endlich mal rein in ein stadtgestaltendes Denken. Eine Stadt, ja auch unsere Stadt, lebt ja seit Jahrhunderten vom Wandel, von der Anpassung an neue Bedürfnisse und an neue Technologien. Und sie lebt nicht durch die in den letzten Jahren praktizierte Konservierung althergebrachter Materialien und Proportionen.

Der Weg wegzukommen von der in den letzten Jahren und Jahrzehnten intensiv gepflegten „erhaltenden Stadtsanierung“, und künftig mehr in Richtung „gestaltende Stadtsanierung“ umzusteuern, ist mühsamer als gedacht. Wir installieren ja heute noch einen Gestaltungsbeirat. Nun macht es jetzt wirklich keinen Sinn mehr die veraltete Gestaltungssatzung weiterhin anzuwenden. Aber es tut sich nach wie vor nichts in Richtung Überarbeitung oder Neufassung, obwohl doch angeblich eine solche seit Jahren schon in den Schubladen der Verwaltung liegt.

Die Folge davon: Die Klagen gegen die Anwendung der altbackenen Satzung gibt es nach wie vor.

Die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats ist wichtig und richtig. Ich sehe hier ein gutes Instrument mehr Gestaltungsfreiheit zu erreichen und kleinkariertes Denken zu überwinden. Der Gestaltungsbeirat darf aber kein weiterer vorberatender Ausschuss des Gemeinderats werden, mit dem man im Vorfeld schon Mehrheiten zimmert.

Es ist auch richtig den Gestaltungsbeirat künftig bei städtebaulichen Entwürfen schon in der Vorstufe zu Bebauungsplänen beizuziehen. Dies sollte dann aber bereits tatsächlich

im Vorfeld geschehen und nicht nachträglich nur zur Beurteilung von bereits vorliegenden Plänen der jeweiligen Investoren führen.

Wir haben ja derzeit zwei stadtbildprägende Bauvorhaben in der Vorbereitung. Das ehemalige BayWa-Gelände direkt neben dem historischen Stadtbahnhöfle. Und die Fläche zwischen Grabenstraße und Friedrichstraße. Bei beiden Maßnahmen habe ich den Eindruck, die Interessen der Investoren stehen weit über den Interessen an einer städtebaulichen guten und stadtbildverträglichen Lösung.

Wir müssen wirklich etwas mehr Sensibilität entwickeln und auch bereit sein gegen wenig Rücksicht nehmende Großinvestoren mehr Standfestigkeit zu entwickeln. Was nämlich unsere Bürger zu recht ärgert, ist die absolute Anwendung von Bebauungsplänen und Satzungen gegenüber Bau- oder Umbauwilligen unter den einfachen Mitbürgern, und die Gewährung großzügiger Befreiungen bei kapitalkräftigen Investoren.

Wir haben vor einiger Zeit eine Schulkonzeption diskutiert. Real übrig geblieben sind davon ja nur noch einige Maßnahmen im Bereich der Schloßbergschule und der Realschule. Im Investitionsplan sind diese erwähnt, aber was da konkret umgesetzt werden soll, und wann, liegt noch in den Schubladen. In diesen Schubladen ist wahrscheinlich auch die Sportstättenkonzeption verschwunden. Sie ruhe in Frieden.

Wenn wir jedem Kind dieselben Grundbedingungen in seinem Bildungsweg bieten wollen, müssen wir Umdenken und dem Trend, dass es für den Werdegang eines Menschen entscheidend ist aus welchem Elternhaus er kommt, entgegenwirken durch Maßnahmen die wir auch in unserer Zuständigkeit umsetzen können. Hierzu gehört die Schwelle zum Besuch eines Kindergartens, einer Kindertagesstätte, so niedrig wie möglich zu halten. Ein Punkt dabei ist der kostenfreie Kindergartenplatz. Einige Städte und Gemeinden haben diesen Schritt schon vollzogen. Auch wir müssen und werden uns mit dieser Frage in Zukunft noch beschäftigen müssen. Eine Unterstützung durch das Land wäre hierfür natürlich wünschenswert, wie bereits z.B. in Rheinland-Pfalz. Leider legt sich bei uns in Baden-Württemberg ausgerechnet der grüne Ministerpräsident quer. Ja, so ändern sich die Zeiten und bei dem einen oder anderen die politischen Schwerpunkte.

Wir werden in wenigen Jahren den Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Einen Millionenbetrag für einen Kindergarten können wir uns nicht mehr leisten. Einen zweistelligen Millionenbetrag für eine Sporthalle müssen wir im Moment aufbringen. Das liegt wohl in Zukunft nicht mehr drin. Und aus dem Leuchtturm Radweg auf der WEG-Trasse, ebenfalls ein Millionenprojekt, ist in der Zwischenzeit eine trübe Funzel geworden, die vom Nichts ins Nirgendwo führt. Eine sinnvolle Erweiterung nach Kleinglattbach oder Enzweihingen wird wohl aus Kostengründen nicht mehr möglich sein.

Es wird bei dieser Gelegenheit immer auch allen an der Haushaltsplanerstellung Beteiligten ausführlich gedankt. Dieser Dank auch von uns. Ich möchte heute allerdings einmal denen danken, die nach dem Vollzug des Haushalts eine wichtige Rolle spielen. Den Rechnungsprüfern. Stellvertretend Herrn Cichy als Leiter des Rechnungsprüfungsamtes.

Wir stimmen dem Haushalt für 2020 und allen seinen Verzweigungen zu.